

Friedel/Richter: Endlich sächsischen Schulfrieden schließen

+++ Landtag sollte ausgestreckte Hand der Bürgerinnen und Bürger ergreifen
+++

„Der Volksantrag zur Gemeinschaftsschule bietet uns die einmalige Chance, einen sächsischen Schulfrieden zu schließen“, erklären die SPD-Landtagsabgeordneten **Sabine Friedel** und **Frank Richter**. „Der Gesetzentwurf ist klug: Er gibt die Entscheidung zur Schulart den Menschen vor Ort. Wo alle es wollen, soll eine Gemeinschaftsschule existieren können. Damit befreit er Sachsen von quälenden ideologischen Debatten auf Landesebene. Diese ausgestreckte Hand sollte der Landtag unbedingt ergreifen.“

Mit Schreiben vom 11. November 2019 informierte der Landtagspräsident darüber, dass er den mit über 50.000 Unterstützungsunterschriften aus ganz Sachsen eingereichten Volksantrag für zulässig erachtet. „Dass sich so viele Menschen in Sachsen für dieses Thema engagieren, verdient großen Respekt“, so Frank Richter. „Es ist für uns nicht nur eine bildungspolitische Frage, dem Bürgerwillen Geltung zu verschaffen. Eine lebendige Demokratie braucht genau solche Impulse. Wir Abgeordnete stehen nun in einer besonderen Verantwortung. Mit der Annahme und Diskussion des Volksantrages setzen wir auch ein positives Signal zur politischen Kultur in unserem Land.“

„Die frühe Trennung der Kinder nach der vierten Klasse ist im internationalen Vergleich ein deutscher Sonderweg“, ergänzt Friedel. „Er hat sich als wenig erfolgreich erwiesen, denn Herkunftsnachteile werden verschärft und die Gesellschaft gespalten. Das längere gemeinsame Lernen schafft für die Kinder eine stabile Lernumgebung und hat positive Wirkungen auf ihre Sozialkompetenz. Es trägt zu einer besseren Lebens- und Berufsorientierung bei und hilft nicht zuletzt, wohnortnahe Schulstandorte zu erhalten.“